Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernruf 92 und 97. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parres. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 93 | Montag, den 4. April | Jahrgang 1927

Reichstags- und Preußisches Zentrum.

Die Endkämpfe um den Finanzausgleich und das Biersteuergesetz gingen am Samstag im Reichstag schnell und verhältnismäßig ruhig vorüber. Neben den Abstimmungen fand das Hauptinteresse das Rededuell zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten Braun und dem Sprecher des Zentrums, dem Abg. Guérard. Ministerpräsident Braun gab eine Erklärung ab, die eine Erwiderung auf die Ausführungen v. Guérards am Freitag sein sollte. Brauns Erklärung hätte dem Zentrum nicht überraschend sein können, denn an der entscheidenden Sitzung des preußischen Kabinetts habe Staatssekretär Pünder als Vertreter des Reichskabinetts und des Reichskanzlers teilgenommen. Abg. Guérard erklärte dazu, daß seine Fraktion weder vom Inhalt noch vom Wortlaut der preußischen Erklärung Kenntnis gehabt habe. Wie das Duell auslief, sagt ein so wenig zentrumsfreundliches Blatt wie der „Hann. Kur." mit folgenden Worten:

„Im übrigen spielte der preußische Ministerpräsident bei seinem Auftreten keine sehr glückliche Rolle, besonders, wenn man einen Vergleich mit der glänzenden und überzeugenden Dialektik seines Gegners Guérard zieht. Die Argumente des Herrn Braun vermochten keineswegs durchschlagend zu wirken, während der Zentrumsredner mit souveräner Beherrschung der Materie sprach. Immer wieder hörte man in der Rede des Zentrumsführers Einwendungen wie: Lesen Sie doch die und die Vorlage genau . . . das trifft nicht zu . . . und Aehnliches! Kein Zweifel, daß die Lage des preußischen Ministerpräsidenten durch derartige Feststellungen zeitweise geradezu peinlich wirkte."

Diese Auseinandersetzung gab der demokratischen Berliner Presse Veranlassung, mit allen möglichen Gerüchten zu arbeiten, zu dem offensichtlichen Zweck, Verwirrung in die Reihen der Regierungsparteien zu bringen. Die eigentliche Absicht aber war, einen Gegensatz zwischen dem Reichstagszentrum und dem preußischen Zentrum zu konstruieren. So wurde unter anderem davon gesprochen, daß die preußische Landtagsfraktion des Zentrums eine der Politik der Reichstagsfraktion des Zentrums völlig entgegengesetzte Stellungnahme in dieser Angelegenheit einnehme, und daß es darüber zu Zwistigkeiten zwischen den beiden Fraktionen gekommen wäre. Man sprach weiter davon, daß der Reichskanzler Marx selbst einen „Schritt" unternommen habe, um den preußischen Zentrumsministern und der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums zum Ausdruck zu bringen, daß die politischen Richtlinien harmonieren müßten. Es wurde dabei auch weiter unverhohlen ausgesprochen, daß der Kanzler dem preußischen Zentrum geradezu gedroht habe, daß die Parteileitung des Zentrums gegebenenfalls daran denken müsse, mit welchen Mitteln eine übereinstimmende Politik der beiden Fraktionen gesichert werden könnte. Aus all diesen orakelhaften Darlegungen zog man dann schließlich auch noch den Schluß, daß das Zentrum eine Rechtsorientierung auch in Preußen betreibe. All das sind banale Phantasien. Kein Wort an dieser Darstellung ist wahr.

Richtig ist vielmehr, daß sich die preußische Zentrumsfraktion mit den in der Reichspolitik gegenwärtig schwebenden Fragen des Finanzausgleichs überhaupt noch nicht beschäftigt hat. Mit keinem einzigen Wort und mit keiner einzigen Handlung ist von seiten des preußischen Zentrums irgendwie eine Einwirkung auf das Reichstagszentrum und seine politische Einstellung unternommen oder auch nur versucht worden. Daß die preußische Staatsregierung die jetzt vollzogene Regelung des Finanzausgleichs nicht in allem billigt, ist eine schon längst bekannte Angelegenheit. Die Stellung der preußischen Staatsregierung in diesen Dingen ist ja auch vor kurzem erst ganz offen im Haushaltsausschuß des preußischen Landtags besprochen worden. Richtig ist allerdings auch weiterhin, daß die vom preußischen Ministerpräsidenten im Reichstag abgegebene Protesterklärung der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums nicht vorgelegen hat, deshalb auch vor nicht Gegenstand irgend einer Stellungnahme bilden konnte und daß die Formulierung in der vom preußischen Ministerpräsidenten schließlich vorgenommenen Art auch den beiden preußischen Zentrumsministern nicht bekannt war.

Es trifft allerdings zu, daß im Zusammenhang mit diesen aus der Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten sich ergebenden Meinungsverschiedenheiten eine gemeinsame Besprechung der Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion des Zentrums wie des Vorstandes des preußischen Landtagszentrums stattgefunden hat. Man hat damit lediglich die vor einiger Zeit mit außerordentlichem Nutzen aufgenommenen gemeinsamen Besprechungen zur gegenseitigen Informierung mit dem Zwecke der Erzielung einer einheitlichen Stellungnahme fortgeführt. Die Parteileitung, insbesondere der Parteichef und Kanzler Marx, haben damit nur pflichtgemäß und im Interesse der Partei gehandelt. Von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichstagszentrum und dem preußischen Landtagszentrum kann gar keine Rede sein

Deutsche Volkspartei und Weltanschauungsprobleme.

Der Kulturkampf-Liberalismus.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 3. April (Eig. Drahtb.)

Auf der fünften allgemeinen sogenannten Kulturtagung der Deutschen Volkspartei nahm am Sonntag Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort, um sich über einige kulturpolitische Probleme zu äußern. Er erklärte, daß die große Bedeutung dieser Frage auf innerem Gebiet deutschen Geisteslebens liege. Die Frage stäke in ihren Anfängen noch völlig in den Ressorts. Nach dem Vorgang in Bayern heiße es jetzt nicht mehr: „Reichskonkordat oder nicht", sondern „Reichskonkordat oder Landeskonkordat", und es müsse diese Frage leidenschaftslos behandelt werden. Jetzt gehe der ganze Sturm gegen ein etwaiges Reichskonkordat. Es sei seltsam, wenn die demokratische Partei im Reich sich an diesem Sturm beteilige, während ihre Aufgabe doch in Preußen liege, um hier durch den ihrer Partei angehörenden Kultusminister reaktionäre Entschließungen zu verhindern. Wenn erst Bayern und Preußen ein Konkordat hätten, dann sei für die großen Länder so viel geschehen, daß nur noch wenig zurückgewonnen werden könne. Dr. Stresemann gab dann seinem Bedauern Ausdruck, daß an der Spitze des preußischen Kultusministeriums nicht mehr Dr. Boelitz stehe. Wenn die Deutsche Volkspartei in der Lage gewesen wäre, im Verlauf der letzten Jahre auf die Entwicklung praktisch stärkeren Einfluß zu nehmen, so wäre die Lage inbezug auf das preußische Konkordat eine andere als jetzt. Die Parteiarbeit müsse jetzt ganz bewußt auf die Frage des Konkordats hingelenkt werden. Er sei der Ueberzeugung, daß der Einfluß der Volkspartei in diesen Fragen weit über ihre Grenzen hinaus gehe. Die Volkspartei werde durch ihre Stellung bestimmen können, was andere große Parteien in diesen Fragen tun. Es gäbe große bürgerliche Parteien, die es nicht wagen könnten, in dieser Frage reaktionäre Wege zu gehen, wenn die Deutsche Volkspartei dagegen protestiere, weil dann Millionen ihrer Wähler zur Volkspartei kommen würden. Diese Fragen seien so bedeutsam, daß sich auch ein Parteitag der Deutschen Volkspartei mit ihnen befassen müsse.

Reichstagsabgeordneter Dr. Runkel sprach sodann über das Schulgesetz und erklärte, im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehe die Frage: „Staatsschule oder Bekenntnisschule." Für die Bekenntnisschule seien die rechtskirchlichen Richtungen aller Konfessionen, praktisch also das Zentrum und ein großer Teil der Deutschnationalen. Die Deutsche Volkspartei sei aber nicht in der Lage, schulpolitischen Aenderungen zuzustimmen, die ihren Grundprinzipien zuwiderlaufen würden. Von ihrem liberalen Standpunkt aus fordere die Volkspartei die Staatsschulen in Anerkennung des allgemeinen Grundsatzes, daß die Volksschule ein Institut des Staates sei. Hierauf wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Getreu den liberalen Ueberlieferungen bekennt sich der Reichs-Schulausschuß der Deutschen Volkspartei aufs neue zu dem Gedanken der Staatshoheit auf dem Gebiet der Schulpolitik. Mit diesem Gedanken ist der Abschluß eines Konkordats mit der katholischen Kirche, das auf das Schulgebiet übergreift, unvereinbar. Der amtliche Einfluß der Kirche auf den Religionsunterricht muß in eine Form gebracht werden, durch welche die letzte Entscheidung über Zahl der Religionsstunden, Lehrpläne, Lehrbücher und dergl den Staaten verbleibt. Insbesondere darf dieser Einfluß der Kirche auf den Religionsunterricht nicht zu einer Kontrolle der Religionslehrer übersteigert werden."

Man sieht also, wie der deutschvolksparteiliche Hase läuft. Es sind in ihm wieder die alten kulturkämpferischen Instinkte des früheren Nationalliberalismus wach geworden. Die Herrschaften irren sich aber beträchtlich, wenn sie glauben, daß die Deutsche Volkspartei „durch ihre Stellung bestimmen kann, was andere große Parteien in diesen Fragen zu tun haben." Das Zentrum läßt sich seine Marschroute auf keinen Fall von der Deutschen Volkspartei vorschreiben, am allerwenigsten auf weltanschaulichem Gebiet.

Die ernste Finanzlage.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Börsencourier" über die Finanzpolitik des Reiches äußerte Reichsfinanzminister Dr. Köhler, daß die Vereinfachung der Steuergesetzgebung zunächst durch die reichsgesetzliche Rahmenregelung der Realsteuern und der Hauszinssteuer weitergeführt werde. Dieses Rahmengesetz werde eine wesentliche Vorarbeit zum endgültigen Finanzausgleich darstellen.

Auf die Frage über die Höhe der Steuerrückstände und ihrer Erfassung erklärte der Minister, daß die Höhe der Steuerrückstände sicherlich bis zu einem gewissen Grade beunruhigend sei. Am 1. Oktober 1926 hätten sich die Rückstände an Besitz- und Verkehrssteuern auf über 600 Millionen Mark belaufen. In der Zwischenzeit habe sich der Betrag allerdings etwas verringert. Daß die Reichsverwaltung an die Mobilisierung dieser Rückstände gehen müsse, sei selbstverständlich.

Weiter sprach der Reichsfinanzminister noch über die ernste Finanzlage und über die erforderlichen großen Mittel, die aufzubringen sind. Er sagte, die Anleihe vom Februar 1927 sei in einem Umfang aufgenommen worden, der das Geldbedürfnis des Reichs in diesem Augenblick überstieg. Es sei ganz klar, daß bei den immerhin noch knappen inländischen Mitteln das Reich nicht schon in weniger Monaten wieder dem Geldmarkt zu Lasten der Wirtschaft Hunderte von Millionen entziehen könne. Er werde deshalb und auch aus anderen Gründen solange als irgend möglich davon absehen, mit einer weiteren langfristigen Anleihe auf den Markt zu kommen. Auftretende Geldbedürfnisse des Reiches zur Abdeckung der nach dem Haushaltsgesetz übernommenen Ausgaben der Extraordinariums müßten zunächst durch Schatzwechsel Deckung finden; denn er habe das größte Interesse daran, daß die im Inland verfügbaren Gelder in möglichst weitem Umfange unserer Wirtschaft zur Verfügung gestellt würden. Er habe am 16. Februar erklärt, daß er kein Freund einer Subventionspolitik sei und auf dem Standpunkt stehe, daß der Staat nicht zum Bankier der Wirtschaft werden dürfe. Es sei ein unerträglicher Zustand, daß mit dem Geld der guten Unternehmungen, das sie in Form von Steuern dem Staate gäben, schlechte Unternehmungen durch Staatshilfe gehalten würden. Der Betriebsmittelfonds sei diesmal in den Etat zur Deckung des Ordinariums eingestellt mit Ausnahme eines Restes von 60 Millionen. Die für das Reich erforderlichen Betriebsmittel würden also ebenfalls durch Aufnahme von Schatzwechseln beschafft werden müssen. Vor zwei Jahren etwa sei der Betriebsmittelfonds in Höhe von 250 Millionen gebildet worden, jetzt müßten 190 Millionen Mark daraus entnommen werden. Das charakterisiere den Ernst unserer Finanzlage am besten. Eine nochmalige Auffüllung des Betriebsmittelfonds würden wir uns nicht mehr leisten können, ein solcher Versuch müßte schon angesichts der steigenden Reparationslasten scheitern.

Die Untersuchung des Zwischenfalles am Bismarckdenkmal in Berlin

= Berlin, 2. April. Die Untersuchung des tragischen Zwischenfalles am Bismarckdenkmal ist nach einer Berliner Korrespondenz noch nicht abgeschlossen, da die Augenzeugen noch im Laufe des Tages vernommen werden. Der Polizeibeamte bleibt dabei, daß Generalmajor v. Wrisberg, auf die Aufforderung, die Rede zu unterlassen, sehr erregt erwidert habe, das sei unerhört. Daraufhin habe ihn der Beamte mit der Aufforderung, ihm zu folgen, leicht am Arm berührt. Wrisberg habe sich das sehr energisch verbeten, worauf der Beamte sofort losgelassen habe und nunmehr sei der General ganz ruhig mitgegangen.

Zur Frage etwaiger Ausnahmen bei der Durchführung des Bannkreisgesetzes hinsichtlich der Kranzniederlegungen am Bismarckdenkmal verweist die Korrespondenz darauf, daß nur der Reichsinnenminister etwaige Ausnahmen zulassen und die Polizei als ausführendes Organ entsprechend anweisen kann. Die Polizeibeamten seien angewiesen, gegen Kranzniederlegungen in kleineren Rahmen, also ohne größere Ansammlungen und ohne Ansprache, nicht einzuschreiten.

Die Aufhebung der Militärkontrolle in Ungarn.

Briand an Baron Koranyi.

× Paris, 2. April. Wie bereits mitgeteilt, beschloß die Botschafterkonferenz, am 31. März die interalliierte Kontrollkommission in Ungarn aufzulösen, während die Mitglieder dieser Kommission die letzten Abrüstungsarbeiten bis zum 15. Mai zu überwachen haben.. Der französische Außenminister Briand richtet in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Botschafterkonferenz an den ungarischen Gesandten in Paris, Baron Koranyi, einen Brief, in dem er ihm die Entschlüsse der Botschafterkonferenz mitteilte. Nach einem kurzen Rückblick auf die am 12. Januar der Botschafterkonferenz zugegangenen Mitteilung der ungarischen Regierung, daß sie die nötigen Maßnahmen ergriffen habe, um den Forderungen der Botschafterkonferenz Genüge zu leisten, heißt es dann in dem Briefe u. a.: „Ich darf indessen nicht verhehlen, daß der Verzug der ungarischen Regierung, gemäß dem Friedensvertrage besonders die Frage der Rekrutierung des Heeres zu regeln, der Botschafterkonferenz einige Befürchtungen für die Zukunft verursacht hat. Bei der Mitteilung der Auflösung der Kontrollkommission an den Völkerbund wird dieser auf diesen Punkt auch seine Aufmerksamkeit zu richten haben." Zum Schluß erklärte Briand im Namen der Botschafterkonferenz, daß sie sich vorbehalte, die Durchführung der Arbeiten zur Umstellung der staatlichen Werkstätten zu überwachen, wenn diese bis zum 15. Mai nicht unter den Bedingungen beendet seien, wie die Botschafterkonferenz es für erwünscht erachtet.

Vor neuen innerpolitischen Unruhen in Litauen.

+ Kowno, 2. April. Die aus Litauen eingegangenen Nachrichten über ein Anwachsen der innerpolitischen Beunruhigung und über geplante Zwangsmaßnahmen der gegenwärtigen Regierung gegen Anhänger der Opposition werden von zuverlässiger Seite bestätigt. Man glaubt, daß die verschiedenen Maßnahmen das Vorzeichen von erneuten ernsten innerpolitischen Unruhen in Litauen sind. Es entspricht auch den Tatsachen, daß die revolutionäre Propaganda in manchen litauischen Regimentern an Boden gewonnen hat, wie beispielsweise aus der Gehorsamsverweigerung des 5. Regiments hervorgeht.

Rom für einen jugoslawisch-albanischen Vertrag.

× Paris, 2. April. Der römische Berichterstatter der „Information" meldet, daß die italienische Regierung in London wissen ließ, daß sie für die Aufnahme von direkten Verhandlungen mit Jugoslawien es nicht als genügende Vorbedingung betrachten könne, daß Jugoslawien den Vertrag von Rettuno ratifiziere. Diese Ratifizierung sei eine internationale Verpflichtung Jugoslawiens. Nichtsdestoweniger wäre aber, sobald der Vertrag von Rettuno durch Jugoslawien anerkannt ist, der Weg zu Verhandlungen offen. In dieser Beziehung würde Rom verlangen, daß Jugoslawien mit Albanien einen ähnlichen Vertrag wie den von Tirana abschließe, jedoch unter Ausschaltung jeder Intervention einer dritten Macht. Jugoslawien würde auf diese Weise nach der Auffassung der offiziösen Kreise Roms die Beweise liefern, daß es gegen die albanische Republik keine Hintergedanken hege. Die öffentliche Meinung Italiens bleibe dennoch skeptisch und man bezweifele, daß bei der gegenwärtigen innerpolitischen Lage der jugoslawischen Regierung diese zu einer Ratifizierung des Vertrages von Rettuno schreiten könne.

Vor einer Vertagung der Genfer Abrüstungsverhandlungen?

Paris, 2. April.

In hiesigen politischen Kreisen rechnet man damit, daß angesichts der in Genf erneut aufgetretenen Schwierigkeiten die vorbereitende Abrüstungskommission ihre Verhandlungen vertagen wird. Man hält hier allgemein die Anschauungen der französischen und englischen Regierung über die Beschränkung der Flugzeugbestände für zu weit auseinandergehend, als daß eine Einigung erzielt werden könnte. Man rechnet damit, daß in Genf nur einige Sachverständige zurückbleiben werden, um nicht alle Fäden abzubrechen.

Ausführlich beschäftigt sich mit der Frage der Rüstungsbeschränkung heute der „Temps", der u. a. schreibt: Alles Uebel kommt daher, daß die Mächte, die an diesem Friedenswerke mitarbeiten und deren Einigkeit für die nützliche Arbeit der Entwaffnungskonferenz unentbehrlich ist, von sehr verschiedenen Standpunkten ausgehen. Verschiedene Mächte wollen die militärische Macht in Europa unterdrücken, weil sie glauben, dies würde genügen, den Krieg unmöglich zu machen. Wenn eine solche Auffassung in den Entscheidungen einer internationalen Konferenz zum Ausdruck kommen sollte, würde sie zum Zweck haben, alle kontinentalen Mächte zu entwaffnen, um die Suprematie der angelsächsischen Mächte durch deren Herrschaft auf dem Meere zu schaffen. Das Spiel ist klar. Man will die militärische Stärke Frankreichs treffen. Man will sie unter dem Vorwande zerstören, die Abrüstung als eine Vorbedingung für die Organisation des Friedens durchzuführen, während sie logischerweise nur eine Folge des organisierten Friedens sein kann. Der Plan, den man unter dem Deckmantel des Pazifismus verfolgt, ist, die kontinentalen Mächte und in erster Linie Frankreich durch eine internationale Konvention zu entwaffnen, ganz wie Deutschland und seine Alliierten des Weltkrieges durch die Friedensverträge entwaffnet wurden. Dies würde eine ungerechte Regelung des Abrüstungsproblems sein, der wir auf keinen Fall zustimmen würden.

Es ist bemerkenswert, daß der „Temps" sich nicht scheut, noch immer zu unterstreichen, daß in der Abrüstungsfrage mit zweierlei Maß gemessen werden muß. Das Diktat von Versailles beginnt sich an einem seiner Haupturheber zu rächen. Demgegenüber wird man dem „Temps" sagen können: „Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg' auch keinem anderen zu."

Der Barmatprozeß vor dem Landtage.

◇ Berlin, 2. April.

Vor Eintritt in die Tagesordnung forderu die Kommunisten die sofortige Beratung des kommunistischen Protestantrages wegen der zustimmenden Haltung der preußischen Vertreter im Reichsrat zum Arbeitszeitgesetz. Da Widerspruch erhoben wird, kann diesem Verlangen auf Aenderung der Tagesordnung nicht stattgegeben werden.

Ohne Aussprache wird eine große Reihe von Vorlagen erledigt

Angenommen wird u. a. der Antrag D. Heß (Ztr.) auf Linderung der Not des Mittelstandes im Westen.

Dem Haushalt der Oberrechnungskammer wird ohne Aussprache zugestimmt, desgleichen dem Haushalt der Staatsschuld und dem Haushalt der Porzellanmanufaktur.

Es folgt die zweite Lesung des Haushalts der Preußischen Staatsbank.

Berichterstatter Abg. Dr. Leidig (B. Vp.) empfiehlt eine Entschließung, wonach das Staatsministerium die in einzelnen Landesstellen vorhandene Bestrebung auf Ausbau der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten zwecks Pflege des Realkredits für die mittlere und kleine Industrie tatkräftig fördern soll. Der Hauptausschuß schlägt ferner vor, den Verwaltungsbericht der Seehandlung für das Geschäftsjahr 1926, in dem bekanntlich auch die Ausgleichung der in den Barmat- und Kutiskerkrediten verlorenen Staatsgelder enthalten ist, für erledigt zu erklären. Der Ausschuß habe eine Ermäßigung der Leihamtszinsen gefordert. Als letzter Teil der Barmataffäre habe sich im Barmatprozeß noch herausgestellt, daß durch Vermittlung Lange-Hegermanns die Staatsbank eine Bürgschaft von 2 Millionen gegenüber der Reichspost übernommen habe. Die Staatsbank bestreitet aber die Stichhaltigkeit der Bürgschaft.

Abg. Dr. Wentzig (Soz.) begrüßt, daß die Staatsbank nun wieder in die Bahnen ruhiger Entwicklung gekommen sei.

Abg. Dr. v. Winterfeldt (Dn.) begrüßt gleichfalls, daß die Staatsbank über die Schwierigkeiten der Barmataffäre nun hinaus sei und trotz Senkung der Zinssätze wieder einen Reingewinn erlangt habe.

Abg. Hager (Ztr.) äußert seine Befriedigung darüber, daß die Staatsbank aus der Barmataffäre mit einem Grundkapital von 16 Millionen und 4 Millionen Reserven hervorgegangen sei.

Abg. Stolt (Komm.) meint, man habe die Vertreter aller Parteien förmlich aufatmen hören, daß die unangenehme Barmatsache schon erledigt sei.

Abg. Wiglow (Dem.) dankt der Staatsbankleitung für die gute Ueberwindung der Barmatkreditgeschäfte, stimmt dem Etat und dem Bestreben, den Mittel- und Kleinindustrien endlich ausreichende Kredite zu verschaffen, zu.

Abg. Haase (Wirtsch. Ver.) verlangt mehr Aufmerksamkeit der Staatsbank und der von ihr abhängigen Beamten für den handwerklichen und gewerklichen Mittelstand.

Damit schließt die Besprechung. Der Etat der Staatsbank wird nach den Ausschußbeschlüssen unter Ablehnung kommunistischer Aenderungsanträge in zweiter Lesung bewilligt.

Das Haus behandelte hierauf eine Reihe in der Beratung zurückgestellter Anträge.

Angenommen wird die Ausschußfassung eines Zentrumsantrages auf Erhöhung der Jugend- und Gesundheitspflege besonders durch Unterstützung der privaten Wohlfahrtspflege, sowie durch Bereitstellung von Mitteln zur Seuchenbekämpfung und zur Errichtung von Jugendheimen und zur Förderung und Pflege der schulentlassenen Jugend.

Ferner fand Annahme ein Antrag, auf die Reichsregierung einzuwirken, eine Vorlage zur Erweiterung der Unfallversicherung vorzulegen.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. Kleine Vorlagen und Forstetat.

Vollsitzung des Reichskohlenrats.

1926 wurden 406 Millionen Tonnen Kohlen mehr gefördert als 1925.

◆ Berlin, 2. April.

Der Reichskohlenrat hielt heute in Berlin unter dem Vorsitz des Bergbauptmanns von Velsen eine Vollsitzung ab. Der Vorsitzende gab zunächst einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Kohlenmarktes im abgelaufenen Geschäftsjahr, das sich durch den sieben Monate dauernden englischen Bergarbeiterstreik zeitweise günstiger gestaltet habe. Im letzten Teil des Geschäftsjahres hatten aber die englischen Kohlenpreise schon wieder den Markt zu drücken begonnen. Sogar Feierschichten habe man wieder einlegen müssen. Es sei aber zu hoffen, daß die augenblickliche schwierige Lage bald wieder überwunden werden könne.

Der Geschäftsführer Bergbauptmann Bennhold erstattete den Geschäftsbericht. Nach anfänglicher Flaute in den ersten Monaten des Jahres 1926 habe der deutsche Kohlenbergbau eine Jahresförderung von 145 400 000 Tonnen erreicht, was gegenüber der Förderung des Jahres 1913 ein Plus von rund 4,6 Millionen Tonnen = 3,2 Prozent und gegenüber dem Jahre 1925 eine Mehrförderung von rund 12,7 Mill. bedeutet. Die nach dem Ende des englischen Streiks eingetretene Abschwächung mache sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar, wo nur nach hochwertigen Arbeitskräften Nachfrage herrsche. Das neuerliche Absinken der deutschen Steinkohlenproduktion sei ein Beweis für die Abhängigkeit des deutschen Steinkohlenbergbaues von dem englischen. Anders sei es dagegen im Braunkohlenbergbau, der gegenüber der Vorkriegsproduktion nur noch wenig zurückbleibe, aber in den ersten Monaten des laufenden Jahres auch wieder ein Absinken zeige. Die deutsche Gesamtförderung an Steinkohle und Braunkohle im letzten Geschäftsjahr betrug rund 176,5 Millionen Tonnen, also 84 Prozent des Ergebnisses von 1913 für Deutschland in seinen damaligen Grenzen. Parallel mit der Hebung der deutschen Kohlenproduktion sei eine Belebung des deutschen Innenmarktes zu verzeichnen. Die deutschen Syndikate hätten trotz der Hochkonjunktur infolge des englischen Streiks das Preisniveau im allgemeinen aufrechterhalten, was günstig auf die Ausfuhr eingewirkt habe. Der deutsche Ausfuhrüberschuß an Kohle von rund 800 Millionen Mark habe wesentlich zur Erreichung der aktiven Handelsbilanz beigetragen. Mehr denn je mache sich in den Kreisen der Beteiligten, auch der deutschen Bergarbeiterschaft, der Wunsch nach Rückkehr der Saargruben zum Mutterlande geltend. Während sich die polnische Kohlenwirtschaft ungünstig entwickelte, habe sich der englische Kohlenbergbau verhältnismäßig schnell wieder erholt. Der deutsche Kohlenhandel habe es verstanden, sich durch Innehaltung der Lieferfristen und durch die Güte des Produktes das Vertrauen auf dem Weltmarkt zu festigen. Mit frischer Entschlossenheit müsse sich der deutsche Kohlenbergbau auf sich selbst stellen. Eine Erhöhung der Preise dürfe jedenfalls nur aus zwingenden Gründen eintreten. Der Berichterstatter wies weiter auf die gegenüber 1913 über 6 Prozent betragende Kohlenersparnis durch technische Verbesserungen hin. Kanalbauten, die eine wesentliche Verschiebung der Wettbewerbsgebiete der deutschen Kohlenwirtschaft hervorzurufen drohten, seien mit Skepsis anzusehen. Die Neuerungen und Fortschritte auf dem Gebiete der Wärmewirtschaft bezeichnete der Redner als ein Ruhmesblatt der deutschen Wirtschaft.

Nach der Erstattung des Geschäftsberichts wurde der Haushaltsplan genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Die Neuregelung der Arbeitszeit.

Eine Rede des Reichsarbeitsministers.

Im Reichstag hat am Samstag die Debatte über die Neuregelung der Arbeitszeitfrage auch im Plenum eingesetzt. Der Entwurf, wie er aus dem Ausschuß herauskam, wurde von dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nach einer eingehenden Darstellung der geschichtlichen Entwicklung dieser Frage wie folgt begründet:

Die neue Regierung war sich der Bedeutung der schwebenden Arbeitszeitfrage bewußt und ergriff deshalb sofort die Initiative zu einer gesetzlichen Reform. Bald darauf liefen auch Anträge zur Abänderung der bestehenden Arbeitszeitverordnung im Reichstag ein.

Die neue Reichsregierung baute naturgemäß auf den Abmachungen der Regierungsparteien der früheren Koalition auf, ging aber schon von vornherein über deren Beschlüsse hinaus und sah insbesondere die Beseitigung der Straflosigkeit freiwilliger Ueberarbeit nach § 11 Abs. 3 vor

Was kann nun der Zweck dieses Entwurfs sein?

Keineswegs eine endgültige oder auch nur auf längere Zeit berechnete Lösung der Arbeitszeitfrage. Diesem Zweck dient das Arbeitsschutzgesetz, das im Reichswirtschaftsrat schon längere Zeit in Arbeit genommen ist, und das vom Reichsrat noch diesen Sommer in Behandlung genommen werden soll. Irgendeine Vorwegnahme dieses Gesetzes war schon wegen der Schwierigkeit der Materie und angesichts der Notwendigkeit einer befriedigenden Dauerregelung auf völlig neuer Grundlage gar nicht möglich. Schon hieraus ergibt sich, daß die Lösungsversuche der sozialdemokratischen und vielmehr noch der kommunistischen Fraktion nicht den richtigen Weg einschlagen.

So blieb nichts anderes übrig, als uns mit einer Zwischenlösung zu begnügen, welche die Mißstände beseitigt, die sich aus gewissen Bestimmungen des Notgesetzes von 1923 ergeben haben, und darüber hinaus die künftige endgültige Lösung vorbereitet.

Auf welchem Wege geschieht das?

In erster Linie steuert die Novelle dem Mißbrauch der Ueberstunden. Sie bestimmt, daß auch nach Ablauf von Tarifverträgen eine behördliche Genehmigung von Ueberstunden sich in dem Rahmen des abgelaufenen Tarifvertrages zu halten hat. Sie überläßt das Urteil darüber, ob nach § 9 eine Ueberschreitung des Zehnstundentages aus Gründen des Gemeinwohls zulässig ist, nicht mehr den unmittelbar Beteiligten, sondern macht die Ueberschreitung dieser Höchstgrenze von einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde abhängig, die nur befristet erteilt werden darf. Am wirksamsten in dieser Richtung ist die Beseitigung der Straflosigkeit freiwilliger Mehrarbeit auf Grund des bisherigen § 11 Absatz 3.

Gerade aus dieser Bestimmung haben sich in der Praxis Methoden ergeben, welche sowohl vom Standpunkt der Hygiene wie der Sonntagsruhe unerträglich waren. Die Beseitigung des § 11 Absatz 3 wird erst der Aufsichtsbehörde und der Justiz die strenge Durchführung der Arbeitszeitgesetzgebung ermöglichen. Schon dadurch wird die praktische Gestaltung der Arbeitszeit sich gegenüber der letzten Vergangenheit wesentlich ändern. Ich erblicke deshalb in dem Fortfall des Absatz 3 vom § 11 eine der wesentlichsten und wirksamsten Aenderungen des bisherigen Zustandes.

Von gleicher Bedeutung — insbesondere auch im Hinblick auf die Vorbereitung der endgültigen Regelung der Dinge wird der pflichtmäßige Zuschlag für die Mehrarbeit sein. Dieser Zuschlag ist pflichtmäßig, wenn auch hinsichtlich seines Ausmaßes und seiner Form eine teilweise Freiheit gelassen ist. Die Freiheit der Form war insbesondere dadurch bedingt, daß auch die Angestellten in diese Regelung einbezogen wurden. In dieser Einbeziehung der Angestellten liegt auf der anderen Seite aber auch ein Vorteil, der über die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens, soweit es sich um Angestellte des Handelsgewerbes handelt, hinausgeht. Wenn auch eine gewisse vertragliche Freiheit in der Bemessung des Zuschlags vorgesehen ist, so bekennt sich der Gesetzentwurf doch grundsätzlich zu einem Zuschlag von 25 Prozent. In strittigen Fällen soll der Schlichter bindend entscheiden. Von der Zuschlagspflicht können durch Verfügung des Reichsarbeitsministers gewisse Saisongewerbe entbunden werden.

Die Straflosigkeit der freiwilligen Mehrarbeit hat, wie ich bereits ausgeführt habe, auf der einen Seite Mißstände zur Folge gehabt. Auf der anderen Seite hat sie aber auch gewisse Ausnahmen ermöglicht, deren wirtschaftliche Notwendigkeit nicht verneint werden kann. Die Beseitigung der Vorschrift zwingt deshalb dazu, dieser Notwendigkeit auf andere Weise Rechnung zu tragen. Selbstverständlich soll dies nur in dem unbedingt erforderlichen Ausmaß geschehen. Hierher gehören zunächst einmal die Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten, für die Paragraph 9 die Ueberschreitung der Zehnstundengrenze zulassen soll. Im übrigen handelt es sich bei diesen Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten keineswegs um eine neue, selbständige Ausnahme; vielmehr stellt die Vorschrift lediglich die Zulässigkeit einer Ueberschreitung der Zehnstundengrenze für den Fall fest, daß auf einem der sonst in der Verordnung vorgesehenen Wege eine entsprechende Verlängerung der Arbeit herbeigeführt wird.

Auch die zu Paragraph 10 der Arbeitszeitverordnung vorgeschlagenen Ergänzungen sollen der Aufhebung des Paragraphen 11 Abs. 3 in gewissem Umfang Rechnung tragen. Der Entwurf schreibt zu diesem Zweck vor, daß neben den Notfällen auch außergewöhnliche Fälle zu einer Ausnahme berechtigen sollen. Ebenso will er gewisse Arbeiten zulassen, deren Nichterledigung das Ergebnis der Arbeit gefährden, oder einen unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Schaden zu Folge haben würde. Auch hier will der Entwurf durch Aufstellung strenger Voraussetzungen einem Mißbrauch möglich vorbeugen.

Zusammenfassend ist also zu sagen: Eine endgültige Regelung, wie sie der Antrag der Sozialdemokratie fordert, ist unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich. Der Entwurf beseitigt aber die vorhandenen Mißstände, verbürgt eine strenge Durchführung des Arbeitszeitschutzes und bedeutet einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zu einer endgültigen befriedigenden Regelung der Arbeitszeit. Es ist zu hoffen, daß damit ein Zustand erreicht wird, der es uns ermöglicht, die schwierige Frage der endgültigen Arbeitszeitregelung mit der unbedingt gebotenen Gründlichkeit und Sorgfalt vorzubereiten.

Für die Zentrumsfraktion begründete der Abgeordnete Stegerwald die Zustimmung der Fraktion zu dem Entwurf. Er betonte dabei ausdrücklich, daß dieses Notgesetz, das nur für einen Uebergangszustand bestimmt sei, nicht das Ende, sondern den Anfang einer endgültigen, den sozialen und zugleich volkswirtschaftlichen Bedürfnissen gerecht werdenden Regelung der wichtigen Arbeitszeitfrage bilde.

Der Riesenkohlenstreik in Amerika.

Was bedeutet er für Deutschland?

Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.

Kaum sind es 3 Monate, seit der große englische Bergbauarbeiterstreik, der in den Wirtschaftsannalen als der größte Arbeitskampf der letzten 100 Jahre fortleben wird, vergangen ist, so kommt zu uns die Nachricht, daß in Amerika ein Riesenstreik der Kohlenarbeiter ausgebrochen ist. 200 000 Kohlenbergleute sind mit Beginn des Monats in den Ausstand getreten, 2000 Kohlengruben, verstreut über das ganze riesige Gebiet der nordamerikanischen Union, sind mit dem 1. April stillgelegt worden. Der Streik ist ausgebrochen, weil die Grubenbesitzer es ablehnen, das Lohnabkommen, das einen Tageslohn von 7½ Dollar festsetzt, zu verlängern. Da von beiden Seiten, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Schritte unter klarer Voraussicht der Folgen unternommen wurden, rechnet man allgemein mit einer langen Dauer des Kampfes. Außerdem verschärft sich die äußere Lage noch dadurch erheblich, daß die Grubenbesitzer in den bestreikten Gebieten Aufrufe erlassen haben, die die nichtorganisierte Arbeiterschaft zur Annahme der Arbeit zu einem Tageslohn von 6 Dollar auffordern. Allgemein befürchtet man daher den Ausbruch von mehr oder weniger heftigen Streikunruhen.

Auf den amerikanischen Halden liegen ca 80 Millionen Tonnen versandbereiter Kohlen. Die Tatsache dieses ungeheuren Lagervorrates, der einer nur um 20 Millionen Tonnen verringerten deutschen Jahresforderung gleichkommt, zeigt mit einem Schlage den ungeheuren Reichtum Amerikas an Kohle. Besonders bemerkenswert ist die Höhe dieser Haldenbestände deshalb, weil 7 Monate englischen Kohlenbergarbeiterstreiks vorangegangen sind, der auch für Amerika eine noch nie dagewesene Kohlenkonjunktur gebracht hat. Die Ausfuhrziffern Amerikas für Kohle stiegen von Monat zu Monat und erreichten eine Höhe, die für die amerikanische Wirtschaft einen Rekord darstellte. Während durchschnittlich im Jahre 1925 monatlich 1,8 Millionen Tonnen zur Ausfuhr gelangten, stieg die Novemberausfuhr des Jahres 1926 auf 5,8 Millionen Tonnen. Das Rekordausfuhrergebnis des dritten Vierteljahrs 1925 der gesamten amerikanischen Wirtschaft, das mit 1200 Millionen Dollar sogar die Jahre 1919 und 1920 übertraf und damit die höchsten Zahlen der Nachkriegsjahre aufweist, wird in erster Linie auf den gesteigerten Kohlenexport zurückzuführen sein. Diese gewaltige Leistung wurde vollbracht, ohne daß die Haldenbestände in Angriff genommen werden mußten, während doch in Deutschland sehr zum Nutzen unserer Montanindustrie die Lagervorräte fast bis auf die letzte Tonne geräumt werden konnten.

Die Eigenart des amerikanischen Bergbaues, die ihm eine so starke Ueberlegenheit gegenüber Europa verschafft, so daß sich die amerikanische Kohle trotz der großen Transportkosten als konkurrenzfähig erweist, besteht darin, daß die Abbauverhältnisse für europäische Verhältnisse märchenhaft günstig sind, daß nur in sehr geringe Tiefen gegangen werden muß und daß die Lagerstätteverhältnisse äußerst günstig gelagert sind. Die Gewinnungskosten sind sehr niedrig. Nach dem amerikanischen Büro of Labour Statistics betrug die Arbeitsleistung pro Bergarbeiter im Jahre 1925 in den Weichkohlenbezirken 781 t, in den Antrazitkohlenbezirken 550 t, gegen 262 t in Deutschland, 243 t in England, 170 t in Frankreich und 158 t in Belgien. Das Land der billigsten Kohle wird deshalb Amerika genannt. Die Gesamtkohlenförderung Amerikas betrug im abgelaufenen Jahre für Weich- und Hartkohlen 602,2 Millionen t, d. h. ungefähr das 6-fache der Kohlenförderung Deutschlands oder zwei Fünftel der Weltkohlenförderung überhaupt. Diese überaus günstigen Verhältnisse in der Kohlengewinnung gestatteten Amerika, besonders in den letzten Jahren eine starke Steigerung des Kohlenexportes, der dann während der englischen Streikmonate die erstaunliche Höhe von 6 Millionen t erreichte. Auch jetzt konkurriert amerikanische Kohle in Italien und in den nordischen Ländern mit der englischen und deutschen Kohle.

Das Aussetzen der amerikanischen Konkurrenz auf diesen Märkten wird der Erfolg sein, den Deutschland aus dem amerikanischen Kohlenstreik erzielen wird; denn ein Import europäischer Kohle in Amerika ist infolge der hohen Transportkosten ausgeschlossen. Trotz alledem würde der Förderausfall des größten Kohlenproduzenten der Welt doch eine fühlbare Entlastung des internationalen Kohlenmarktes bedeuten.

Für Deutschland käme diese Entlastung im rechten Moment, da sich überraschend früh nach der Konjunktur des englischen Streiks wieder Absatzschwierigkeiten im deutschen Kohlenbergbau gemeldet haben. Feierschichten mußten eingelegt werden, und die Haldenbestände fangen schon wieder an, sich aufzutürmen. Wenn auch diese Verlangsamung des Absatzes sich aus Zurückhaltung der Käufer in Erwartung der billigen Sommerpreise für Kohle und wegen der anormal früh einsetzenden Frühjahrstemperatur erklären läßt, so entbehren doch die Sorgen um die Zukunft des Kohlenabsatzes nicht jeder Grundlage. Die Hoffnungen, die die Börse und Wirtschaft auf die Rückwirkungen des amerikanischen Kohlenstreikes auf Deutschland setzen, kommen am besten in der steigenden Nachfrage und in der stetigen Höherbewertung reiner Kohlenwerte zum Ausdruck.

Noch keine Einigung über die englischen Forderungen an Kanton.

Kommt die Blockade?

× London, 2. April. Nach amtlichen Berichten zeigt die Lage in China keine Besserung. Wie Reuter aus Peking meldet, rechnet man dort mit einer Blockierung der Südküste Chinas sowie der Yangtse-Mündung, falls die Kantonregierung die Forderungen der Mächte bezüglich der Nanking-Zwischenfälle nicht erfüllen sollte. Entgegen Nachrichten von einem bereits erzielten Uebereinkommen zwischen der britischen, amerikanischen und der japanischen Regierung über die englischen Forderungen an die Kanton-Regierung ist festzustellen, daß die Verhandlungen noch im Gange sind und daß es noch sehr zweifelhaft erscheint, ob die Vereinigten Staaten und Japan auf alle britischen Vorschläge eingehen werden.

Der Vormarsch der Südtruppen nach dem Norden Chinas.

Ⓩ Schanghai, 2. April. Die Vorhut der Südtruppen hat auf ihrem Vormarsch nördlich in der Richtung des Gelben Flusses Fengyang erreicht, einen Ort, der nur 25 Meilen von dem Hauptstützpunkt der Schantung-Truppen bei Pengpu an der Eisenbahn Tientsin—Pukau entfernt ist. Streifabteilungen sollen sogar schon in das hinter Pengpu liegende Gebiet eingedrungen sein. Die ausländischen Militärsachverständigen nehmen an, daß der Vormarsch der Südtruppen in dieser Richtung bei Hsutschaufu auf ernsten Widerstand stoßen wird, denn dieser Ort, ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt in der Tientsin-Pukau-Eisenbahn ist von derartiger strategischer Bedeutung, daß Tschangtsolin ihn entweder um jeden Preis verteidigen oder seine beherrschende Stellung im nördlichen China aufgeben muß. Fast die Hälfte der Streitkräfte des Nordens verschanzt sich bei Hsutschaufu.

Englische Reservisten-Einberufung.

London, 2. April. Das Kriegsministerium veröffentlicht heute nachmittag ein Communiqué, in dem es u. a. heißt, die Regierung habe beschlossen, dem Schanghaier Expeditionskorps Verstärkungen zu senden und zwar eine Brigade Infanterie mit entsprechenden Hilfseinheiten. Die Formationen werden durch Reservisteneinberufung auf Kriegsstärke gebracht. Eine vollständige englische Infanteriebrigade umfaßt 5000 Mann. Die Einschiffung soll erfolgen, sobald die feldmarschmäßige Ausrüstung der Brigade beendet ist.

Verbot der chinesischen Gewerkschaften in Hongkong.

× Hongkong, 2. April. Durch einen Erlaß des Obersten Verwaltungsrates der Kolonie ist der Verband der Arbeitergewerkschaften von Hongkong für ungesetzlich erklärt worden.

Deutsches Reich.

Der Parteitag der Preußischen Zentrumspartei.

() Berlin, 3. April. (Eig. Drahtb.) Der Termin für den Parteitag der Preußischen Zentrumspartei ist nunmehr auf den 21. und 22. Mai festgelegt. Der Parteitag findet in Berlin statt.

Die Rettungsmedaille für Minister a. D. Scholz.

)(Berlin, 3. April. Im Sommer 1924 rettete der Reichsminister a. D. Dr. Scholz, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, unter eigener Lebensgefahr im Ostseebad Neuhaus den Bürgermeister Augustin vom Tode des Ertrinkens. Heute mittag wurde Dr. Scholz für diese Tat die Rettungsmedaille durch einen Vertreter des preußischen Staatsministeriums überreicht.

Kleine Auslandsnachrichten.

Königin Maria von Jugoslawien in Bukarest.

(!) Bukarest, 2. April. Königin Maria von Jugoslawien ist im Laufe der Nacht in Bukarest eingetroffen.

Besuch des päpstlichen Nuntius beim König von Rumänien.

× Bukarest, 2. April. Der apostolische Nuntius Mgr. Ange Marie Dolci, Erzbischof von Hierapolis, besuchte heute früh den König.

Ein französisches Flugzeug in Marokko vermißt.

Paris, 2. April. Havas meldet aus Agadir: Ein Postflugzeug, das die Verbindung zwischen Dakar und Casablanca unterhielt, wird vermißt. Es sind Flugzeuge ausgesandt worden, um es zu suchen.

Von Nah und Fern.

Eröffnung des Disziplinarverfahrens gegen Pfarrer Schnoor.

:-: Berlin, 2. April. Dem evangelischen Pressedienst zufolge hat das Konsistorium gegen Pfarrer Schnoor in Königshorst das Disziplinarverfahren eröffnet, aber nicht wegen des gegen ihn ausgesprochenen Mordverdachtes, sondern zur Untersuchung der sonst gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

Die Freisprüche im Wilmsprozeß rechtskräftig.

Berlin, 2. April. Die im Wilms-Prozeß erfolgte Freisprechung der Angeklagten Stantien, Budzinsky und von Poser ist nunmehr rechtskräftig geworden, da die Staatsanwaltschaft von der Anwendung des Rechtsmittels der Revision innerhalb der gesetzlichen Frist keinen Gebrauch gemacht hat. Dagegen ist bekanntlich von den vier zum Tode Verurteilten, Schulz, Fuhrmann, Klapproth und Umhofer Revision beim Reichsgericht eingelegt worden.

Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

(!) Leipzig, 2. April. Gestern abend versuchten Kommunisten eine nationalsozialistische Versammlung im Schlothkeller zu Leipzig-Reudnitz zu sprengen. Dabei wurde ein Polizeiwachtmeister durch sieben Messerstiche erheblich verletzt. Auch ein Nationalsozialist erlitt Verletzungen durch Schläge mit einem Schlaginstrument. Ein größeres Polizeiaufgebot konnte schließlich die Ruhe wieder herstellen.

Drei Kinder durch Gas vergiftet.

:!: Konstadt (Oberschlesien), 3. April. In Abwesenheit der Mutter öffneten Kinder beim Spielen in der Küche den Gashahn. Als die Mutter heimkam, fand sie alle drei Kinder bewußtlos auf. Die Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Aushebung einer Falschmünzerwerkstatt.

Görlitz, 2. April. Der Görlitzer Kriminalpolizei ist es gelungen, eine Falschmünzerwerkstätte aufzuheben und die beiden Falschmünzer, einen Mechaniker und einen Kaufmann zu verhaften. Die beiden hatten seit längerer Zeit in einem Hause in der Leipzigerstraße in Görlitz eine regelrechte Falschmünzerwerkstätte eingerichtet und Markstücke in großen Mengen hergestellt. Die Falsifikate wurden in Libau und in den angrenzenden österreichischen Bezirken vertrieben. Durch die Aufmerksamkeit eines Kaufmanns in Libau, der die Falsifikate erkannte, wurde die Kriminalpolizei auf die Spur gebracht. Bei einem der Verhafteten wurden noch 80 Mark beschlagnahmt.

Fords Autounfall kein Attentat.

)(Newyork, 2. April. Die Insassen des Autos, das den Unfall Henry Fords verursacht hat, sind jetzt festgestellt worden. Da es sich herausgestellt hat, daß es sich tatsächlich nur um einen unbeabsichtigten Zusammenstoß handelt, stellt Ford keinen Strafantrag.